

Artikel vom 13.10.2023

Ganztagsausbau nicht unnötig bremsen

## Fachkräftemangel und Ausbau der Ganztagsbetreuung



Scharf: „Gegen den Fachkräftemangel – wir müssen alle Potentiale ausschöpfen!“

### Ergebnisse IAB-Betriebspanel 2022

Bayerns **Arbeitsministerin Ulrike Scharf** betont mit Blick auf die heute veröffentlichten Zahlen und Daten des IAB-Betriebspanels 2022: „Die Ergebnisse zeigen, dass der bayerische Arbeitsmarkt trotz aller Krisen derzeit robust ist. Die Betriebe haben im vergangenen Jahr wieder deutlich mehr Personal eingestellt und liegen damit über dem westdeutschen Durchschnitt. Gleichzeitig belegt das IAB-Betriebspanel, dass längst nicht mehr alle offenen Stellen in den Betrieben besetzt werden können. Wir müssen alle verfügbaren Arbeitskräftepotenziale ausschöpfen und unsere Unternehmen bei der Bewältigung des Fachkräftemangels bestmöglich unterstützen.“

Die Einstellungsrate der bayerischen Betriebe für 2022 lag laut IAB-Betriebspanel mit 8,2 Prozent über denen seit 2012 und auch über dem westdeutschen Durchschnitt von 7,6 Prozent. Auf der anderen Seite war der Anteil der Betriebe mit sogenanntem ungedecktem Fachkräftebedarf, also Betrieben, die gerne eingestellt hätten, dies aber doch nicht getan haben, in 2022 um 5 Prozentpunkte (17 Prozent) höher als im Vorjahr. Zugleich belief sich die Anzahl vakanter Stellen in

bayerischen Betrieben bei hochgerechnet 405.000, überwiegend für qualifizierte Tätigkeiten. Das ist der höchste Wert der vergangenen zehn Jahre. „Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, setzen wir besonders auf zielgerichtete Qualifizierung und Weiterbildung. Insbesondere ist das Arbeitspotential bei Frauen groß! In diesem Jahr investieren wir zudem aus dem Bayerischen Arbeitsmarktfonds rund 1,6 Mio. Euro, um marktbenachteiligten Menschen eine Tür in den ersten Arbeitsmarkt zu öffnen“, so die Arbeitsministerin.

Die repräsentativen Analysen im Rahmen des IAB-Betriebspanels für das Berichtsjahr 2022 sind ab sofort unter

[www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.php](http://www.stmas.bayern.de/arbeit/panel/index.php) abrufbar.

München, 13. Oktober 2023

Scharf: „Volle Kraft voraus – das Bundesfamilienministerium darf beim Ganztagsausbau nicht unnötig bremsen!“

## **Bayerns Familienministerin fordert Fristverlängerung beim Ganztagsausbau und Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche von der Bundesregierung**

Heute findet in Berlin eine gemeinsame Sitzung der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) und der Kultusministerkonferenz (KMK) statt. Auf der Tagesordnung steht insbesondere der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung.

Bayerns **Familienministerin Ulrike Scharf** betont: „Für mich steht fest, dass die Kommunen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung größtmögliche Planungssicherheit benötigen! Mit meinem Ganztagsversprechen werden sie vom Freistaat kraftvoll bei den Investitionskosten unterstützt. Die Vorstellungen vom Bund zur Fertigstellung der Projekte in den Kommunen sind jedoch unrealistisch! Ich bekräftige daher nochmal meine Forderung: Die Bundesregierung muss die Frist zur Fertigstellung der Investitionsmaßnahmen bis 2029 verlängern! Unsere Familien brauchen eine verlässliche Kinderbetreuung und unsere Kommunen Planungssicherheit, die nicht an den realitätsfernen Vorgaben des Bundes scheitern dürfen!“

Scharf erklärt weiter: „Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist die familien-, sozial- und integrationspolitische Herausforderung unserer Zeit und Markenkern der bayerischen Familienpolitik. Wir stellen uns der Verantwortung und bilden die Lebensrealitäten der Familien in Bayern richtig ab. 56 Prozent unserer Grundschul Kinder werden bereits in Ganztags- und Hortangeboten und der Mittagsbetreuung qualitativ hochwertig am Nachmittag betreut! Bis 2028 schaffen wir 130.000 neue Betreuungsplätze für Grundschul Kinder in Bayern – ein wichtiges Signal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!“

Ministerin Scharf fordert von der Bundesregierung außerdem mehr Unterstützung im Hinblick auf die Situation unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher in Deutschland vor dem Hintergrund der drastischen Erhöhung der Flüchtlingszahlen und dem heutigen Spitzengespräch in Berlin.

„Es ist mein Anspruch geflüchtete Kinder und Jugendliche sicher und verantwortungsvoll in der Jugendhilfe unterzubringen und schnell zu integrieren. Das ist die familien-, sozial- und integrationspolitische Aufgabe unserer Zeit. Unser Staat schützt die Schwachen. Das gilt insbesondere für die Situation der Kinder und Familien. Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen steigt seit Wochen stark an – eine Entwicklung, die mich zutiefst besorgt. Die Kapazitäten in der Kinder- und Jugendhilfe sind erschöpft – die Kommunen sind an der absoluten Belastungsgrenze! Der Bund darf uns bei dieser wichtigen Aufgabe nicht im Regen stehen lassen. Wir brauchen hier einen Neubeginn in der Migrationspolitik – so darf es zum Wohle der Kinder und Jugendlichen nicht weitergehen! Bis Ende 2022 gab es für die Inobhutnahme und Unterbringung durch die Jugendämter eine Pauschale vom Bund, die herzlos gestrichen wurde. Bayern wird das nicht akzeptieren. Die auf dem vergangenen Flüchtlingsgipfel allgemein verkündete „Milliarde“ ist zu unpräzise. Wir brauchen Fakten und eine bessere finanzielle Unterstützung beim Bund in der Kinder- und Jugendhilfe.“

Abschließend betont die Ministerin: „Um die große Solidarität im Freistaat zu erhalten, brauchen wir eine gesteuerte und begrenzte Zuwanderung. Integration kann uns nur mit dem Prinzip „Fördern und Fordern“ gelingen. Sprache, Arbeit, Rechte, Pflichten und gemeinsam gelebte Werte sind die wichtigsten Schlüssel.“